

Antrag

der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/519 –

Landeshaushaltsgesetz 2012/2013 (LHG 2012/2013)

Rechtsextremismus konsequent bekämpfen

Der Landtag stellt fest:

Rechtsextremismus muss weiter entschlossen bekämpft werden. Staat und Gesellschaft sind aufgerufen, rechtsextremem Gedankengut und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten. Alle Ressorts und Landesbehörden arbeiten in Fragen der Prävention eng zusammen. Prävention beginnt mit einer Verbesserung der Lebenssituationen aller Menschen, die von der Landesregierung in allen Bereichen angestrebt wird. Exemplarisch hierfür sind auch vielfältige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Wiedereingliederung arbeitsloser Jugendlicher in das Arbeitsleben sowie Qualifizierungsangebote. Darüber hinaus leistet das Landesamt für Jugend und Versorgung durch die landesweit wichtige Beratung von Jugendlichen und deren Eltern eine wichtige Arbeit. Weitere Bausteine sind die Demokratie- und Wertebildung bei jungen Menschen, Maßnahmen der politischen Bildung sowie die Förderung von ehrenamtlichem Engagement, Partizipation und Integration.

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung dieser Verantwortung nicht zuletzt dadurch gerecht geworden ist, dass die Haushaltsmittel im Bereich Prävention gegen Rechtsextremismus durch einen eigenen neuen Haushaltstitel eindeutig als Schwerpunktbereich definiert werden. Konkret sollen die Kampagne „Wer nichts tut, macht mit“, für die Ausbildung von Zivilcourage-Trainern und -Trainerinnen, für Abendveranstaltungen zum Thema Zivilcourage, Kommunen, Institutionen und Organisationen zu Projekten gegen Rechts, das DGB-Projekt „Netzwerk für Demokratie und Courage in Rheinland-Pfalz“ sowie das Projekt „Schülerkongress gegen Rechts“ und Projekte engagierter bürgerschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus Unterstützung von Seiten des Landes erfahren. Außerdem werden Kommunen und Institutionen vor Ort in ihrer regionalen Arbeit gegen Rechtsextremis zukünftig deutlich stärker unterstützt. Die unverzichtbare Arbeit dieser Initiativen, Einrichtungen und Projekte wird durch diesen Haushaltstitel eine angemessene Grundlage für ihre Aufklärungsarbeit gewährleistet.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, ihre auf den drei strategischen Säulen – konsequente Repression, umfassende Prävention und Hilfe für Menschen, die den Ausstieg suchen, – aufbauende Arbeit fortzusetzen und fortwährend zu überprüfen, inwieweit noch Verstärkungen nötig sind. Dabei wird vor allem dem Ausbau der Zusammenarbeit und der Vernetzung staatlicher Stellen mit Kirchen, Ver-

b. w.

einen, Verbänden, Initiativen etc., der Intensivierung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus, der Verstärkung und Verstetigung des interkulturellen Dialogs und einer stärkeren Akzentuierung positiver Gegenbilder zum Rechtsextremismus mit besonderem Blick auf die Zielgruppe Jugend Bedeutung bekommen.

Für die Fraktion
der SPD:
Barbara Schleicher-Rothmund

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nils Wiechmann